

WOLFGANG SCHÜSSEL
BUNDESKANZLER DER REPUBLIK ÖSTERREICH



Ansprache

Sie haben mir das Thema gestellt „Chancen und Herausforderungen der Globalisierung“ als Hintergrund für die diesjährige Volkswirtschaftliche Tagung der Oesterreichischen Nationalbank. Das ist ein sehr spannendes Thema, besonders für die EU-Präsidentschaft. Globalisierung ist eine Realität, egal, ob sie von unseren Bürgern als Chance oder als Bedrohung gesehen wird. Die Frage ist lediglich, ob wir die richtigen Maßnahmen treffen, um mit den Möglichkeiten und Chancen verantwortungsbewusst umzugehen.

Gerade in der Präsidentschaft wird man sich ganz eindeutig klar, wie stark die Rolle Europas als Global Player mittlerweile geworden ist. Seit dem Eintritt Österreichs in die Europäische Union vor elf Jahren hat sich in dieser Hinsicht ungeheuer viel verändert. Jedes Mitgliedsland der EU befindet sich heute in einem dichten Netzwerk von zum Teil in jeder Hinsicht aufwendigen Trilogien und Summits, ergänzt durch ein Netzwerk von internationalen Verträgen, die sich ein Außenstehender überhaupt nicht vorstellen kann. Aber Sie haben es vielleicht bei den ganz großen Events der letzten Wochen gespürt, dem Lateinamerikagipfel, dem Gipfel der Europäischen Union mit Japan, dem Treffen in Sotschi mit Russland: Europa ist ein ernst zu nehmender und auch ernst genommener Partner – und das wird sich nicht zuletzt in einem Monat beim Gipfel mit dem Präsidenten der USA erweisen.

An die Europäische Union ist, wie es Romano Prodi einst genannt hat, ein „Ring of Friends“ von etwa 1 bis 1,5 Milliarden Menschen ange-koppelt, für die wir der wichtigste Handelspartner, der wichtigste poli-

tische Ansprechpartner, auch der wichtigste Geber in Form von Entwicklungszusammenarbeit sind. Ich finde, dass Europa diese Rolle sehr ernst nehmen soll, selbst wenn wir uns manchmal kleiner machen, als wir eigentlich sind.

Die eigentliche Gefahr in Europa besteht nicht in der Globalisierung, sondern in der Provinzialisierung: dass wir nicht immer und nicht überall bereit sind, über den Tellerrand hinauszudenken, dass kleinräumiges Denken und das Schielen auf den Kommunalteil der heimischen Tageszeitungen wichtiger sind als „thinking big“, als das Schaffen von länderübergreifenden Netzwerken.

„Globalisierung“ wie auch „Neoliberalismus“ gehören wahrscheinlich zu den meist verwendeten Schlagwörtern unserer Zeit, und es gibt nicht wenige, die versuchen, diese zwei Vokabel für alles und jedes verantwortlich zu machen: für die Verlagerung und den Verlust von Arbeitsplätzen, für den Klimawandel, für die innenpolitischen Probleme – es sind immer die Globalisierung, der Neoliberalismus, die soziale Kälte daran schuld. Viele verwenden auch bewusst diese Begriffe als innenpolitische Schlagworte. Nicht nur in Österreich, in allen europäischen oder sonstigen Ländern wie auch in Lateinamerika wird genau das immer wieder gespielt.

Wird aber genauer analysiert, was Globalisierung eigentlich wirklich bedeutet, so kommt man sehr bald zum Schluss, dass man weder nur von Segen noch ausschließlich von Fluch sprechen kann. Die Welt und die Weltwirtschaft von heute verglichen mit der Zeit von vor 15 Jahren haben sich dramatisch gewandelt – in vielen

Bereichen zum deutlich Besseren, in anderen Bereichen sind die Risiken wesentlich höher geworden. Im selben Zeitraum hat sich etwa der Welt-handel real verdoppelt, wobei interessant ist, dass der Anteil der Entwicklungs- und Schwellenländer von einem Viertel auf ein Drittel angestiegen ist – nicht zu vergessen der weltweite Austausch von Dienstleistungen, der ja mindestens ebenso hohe Wachstumsraten erzielt hat. Der Anteil der Nicht-OECD-Länder an der Weltwirtschaftsleistung hat sich um 5 Prozentpunkte erhöht und



nähert sich der 50%-Marke. Auch ein anderer Indikator, der Anteil des Volumens der ausländischen Direktinvestitionen am BIP

der einzelnen Staaten, gibt ein eindrucksvolles Beispiel: In den letzten 15 Jahren ist er um das Zweieinhalbfache gestiegen, in China sogar um das Fünffache. Nicht zu vergessen als wesentliche Komponente der Globalisierung die Migration. Hier gibt es leider kaum verlässliche, international auch vergleichbare Zahlen. Tatsache ist aber, dass in den OECD-Ländern der Anteil von Ausländern oder im Ausland Geborenen an der arbeitenden Bevölkerung deutlich zugenommen hat.

Alle diese Veränderungen bleiben natürlich nicht ohne gravierende Auswirkungen auf die Wirtschaft, auf die Arbeitswelt, auf die Sozialbeziehungen, und damit sind wir beim Thema Ihrer Tagung. Die Arbeitsgruppe Globalisierung des wirt-

schaftspolitischen Komitees des ECOFIN hat eine Zwischenbilanz aus europäischer Sicht gezogen. Kurz zusammengefasst: Einer erhöhten wirtschaftlichen Dynamik, einem Mehr an Wettbewerb, einem intensiveren Technologietransfer, Preisvorteilen für die Konsumenten und Exportchancen für die Wirtschaft stehen eine zu niedrige Gesamtbeschäftigung, die Zunahme atypischer Arbeitsverhältnisse, nicht nur für niedrig qualifizierte, sondern gerade für gut ausgebildete junge Menschen, was zunehmend zum Problem wird, sowie der Niedergang einzelner Wirtschaftssektoren angesichts der verschärften Konkurrenz gegenüber. Aus einer globalisierten Perspektive sollte ergänzt werden, dass die zunehmende Vernetzung der einzelnen Volkswirtschaften das Wirtschaftswachstum vor allem ärmerer Länder entscheidend beschleunigt und dazu beigetragen hat, dass in den letzten 20 Jahren Hunderte Millionen Menschen der absoluten Armut entkommen konnten.

Wer heute über Globalisierung redet, der kommt automatisch auf China zu sprechen, denkt natürlich gleichzeitig an Indien, von dem man erwarten kann, dass es in naher Zukunft in wirtschaftlicher Hinsicht eine ähnliche Entwicklung nehmen wird wie China in den letzten 15 Jahren (demokratiepolitisch hat Indien ja immer einen eigenen Weg gewählt). Gerade diese beiden Länder mit ihren riesigen Menschen- und Wirtschaftspotenzialen lassen alle Chancen und Herausforderungen der gegenwärtigen Entwicklung klar zutage treten. Mit der Integration von China und Indien hat sich der Anteil der für den Weltmarkt produzierenden Arbeitskräfte verdoppelt. Damit ist natürlich

auch der Druck auf Löhne und Gehälter in den etablierten Industriestaaten gestiegen. Zugleich aber kommen zwei Milliarden potenzieller neuer Konsumenten ins Spiel. Das McKinsey Global Institute schätzt, dass in den nächsten zehn Jahren eine Milliarde mehr Menschen ein Haushaltsjahreseinkommen von mindestens 5.000 US-Dollar haben werden. Das sind keine Superreichen, keine Frage, auch nicht Mittelstand in unserem Sinn. Es ist jedoch ein beträchtliches Mehr an weltweiter Kaufkraft und an gestiegenen Absatzchancen – auch für die europäische Wirtschaft.

Interessant ist, dass immer vom riesigen Handelsbilanzüberschuss Chinas gesprochen, aber nie dazugesagt wird, dass in den letzten Jahren die europäischen Güterexporte nach China mit genau derselben Dynamik gewachsen sind wie die Warenströme in die Gegenrichtung. Bei den kommerziellen Dienstleistungen hat sogar die EU einen konstanten Überschuss.

Wie soll Europa darauf reagieren? Sowohl die Kommission als auch der Europäische Rat im März haben diesbezüglich einige ganz wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Jetzt kann man durchaus schmunzeln: Schon wieder hat sich der Europäische Rat auf konkretisierbare, objektivierbare Ziele festgelegt. Worauf, bitte, sollte er sich sonst festlegen? Auf allgemeine lyrische Sprüche? Das würde der Glaubwürdigkeit des Projekts nicht unbedingt gut tun.

Als eine Region, die stolz ist auf ein ganz spezifisches europäisches Modell, haben wir uns ganz konkret vorgenommen eben nicht nur wirtschaftliche Höchstleistung, sondern auch ökologische Verantwortung und sozialen Zusammenhalt zu leben.

Und wir sind uns einig, dass wir unser Niveau nur dann halten können, wenn wir bereit sind, mehr in Bildung und vor allem in Forschung, und zwar in echte Qualitäts- bzw. Hochleistungsforschung zu investieren. Trotz harter Kämpfe hat beim jüngsten Europäischen Rat jedes Land für die Jahre bis 2010 bis auf das Hundertstelprozent festgelegte Selbstverpflichtungen übernommen, damit wir gemeinsam das 3%-Ziel in Forschung und Entwicklung erreichen. Dazu kommt das europäische Institut für Science and Technology, gefolgt

von nationalen Anstrengungen. Auch Österreich möchte sich hier mit dem Klosterneuburger Institut für Science and Technology



und mit einer ganzen Reihe von Aufwertungen der Forschung anhängen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Notenbank besonders bedanken, die mit Zustimmung der EZB bereit war, hier einen ganz bestimmten Impuls für die Forschung zu setzen. Wobei klar sein muss, dass der überwiegende Teil, nämlich 60% bis 70%, langfristig natürlich von der privaten Wirtschaft kommen muss, wenn wir nicht riskieren wollen, dass wir am Markt vorbei quasi „in the blue hinein“ forschen und entwickeln. Das bedeutet, die Antwort Europas auf diese globale Herausforderung kann nur heißen, mehr in Qualität zu investieren, alle Budgets – vom europäischen Budget bis hinein in die nationalen Prioritäten – dahingehend auszurichten und alles zu tun, damit

wir unseren Wettbewerbsvorsprung über Wissen, über Bildung, über Forschung auch wirklich halten können.

Im Zusammenhang mit der Globalisierung taucht immer wieder die Furcht vor Arbeitsplatzverlusten durch Produktionsverlagerungen oder Outsourcing von Dienstleistungen auf. Die Kommission hat dazu in ihrem letzten Jahreswirtschaftsbericht ausgeführt, dass es grundsätzlich keinen statistisch nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Integration einer Volkswirtschaft in den Weltmarkt und der Höhe der Arbeitslosigkeit



gibt. Konkrete Fälle von Standortverlagerungen gibt es natürlich. Sie sind oft spektakulär, vor allem bitter und nachteilig für die unmittelbar Betroffenen. Tatsache ist auch, dass auf dem Dienstleistungssektor Entwicklungen bevorstehen, die in der Sachgüterproduktion bereits stattgefunden haben. Dank der Wirtschaftsforscher von IHS und WIFO konnte gerade für Österreich objektiv nachgewiesen werden, dass die Gesamtbilanz insgesamt positiv ist. Vor wenigen Wochen wurde eine Umfrage unter 1.000 international tätigen österreichischen Unternehmen publiziert, die zeigt, dass durch die Internationalisierung in Österreich doppelt so viele Betriebe Beschäftigung aufgebaut haben wie sie reduziert haben. Das wird auch durch

eine Studie des Wirtschaftsministeriums untermauert, die feststellt, dass nur in einer Minderheit der Fälle Kostenüberlegungen, mehrheitlich aber Marktzutritt, Marktnähe, Qualifikation, Infrastruktur, Forschung sowie Bildungsangebot verantwortlich für die Entscheidung österreichischer Unternehmen zwischen Standorten im Inland oder außerhalb Österreichs waren.

Es wäre auch viel zu billig, die Globalisierung oder die EU für die Auswirkungen eines Strukturwandels verantwortlich zu machen. Letzterer findet in dieser oder ähnlicher Form in Marktwirtschaften permanent statt. Auch gibt es große Unterschiede zwischen Branchen und zwischen Gruppen von Arbeitnehmern. Daher ist es wichtig, den Wandel als Chance zu begreifen und jedem, der von einem solchen Wandel negativ betroffen ist, insofern sofort zu helfen, als man ihm einen neuen Arbeitsplatz anbietet oder jedenfalls eine Qualifikation vermittelt, die ihm letztlich vielleicht sogar bessere Zukunftschancen ermöglicht.

Interessant ist es, die Europäisierung, die ja eine Globalisierung im Kleinen ist, zu betrachten. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, mit der Integration jener Länder, die früher dahinter lagen, und mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes sind die Märkte aufgebrochen, sind die Länder der EU im Handel, in der Produktion und bei den Dienstleistungen offener geworden. Auch die Lohndifferenz hat sich deutlich reduziert – nach Kaufkraftparitäten sogar praktisch halbiert. Mit Professor Felderer habe ich diese Veränderungen nachzuvollziehen versucht, und wenn ich mich richtig erinnere, be-

trug noch 1998 das Lohngefälle zwischen Österreich und seinen östlichen Nachbarn 1:10. Mittlerweile hat Prag schon zwei Drittel der Kaufkraft von Wien erreicht. Das heißt, das Europa der zwei Geschwindigkeiten findet statt, aber nicht in der Art, wie es manchmal von den neuen Mitgliedern und den Kandidatenländern befürchtet wird, dass sie quasi in eine zweite Reihe abgedrängt werden, sondern im Gegenteil, dass sie einen Wachstumsimpuls erhalten haben. Wir haben heute in der EU-15 Wachstumsraten von etwas über 2%, in Österreich 2,5% im heurigen Jahr, die EU-10 wachsen mit rund 5% doppelt so schnell. Weil auch die älteren Mitgliedsländer vom Aufholprozess der neuen profitieren, ist das eine klare Win-Win-Situation. Insofern glaube ich, dass Globalisierung mit allen Facetten – den positiven und den negativen – betrachtet werden sollte. Sofern das richtig gemacht wird, kann es tatsächlich zu sehr spannenden Ergebnissen führen.

Wenn man Europa im Vergleich zu den anderen großen Playern betrachtet, sind wir gar nicht so unerfolgreich. Im Unterschied etwa zu den USA, deren Handelsbilanzdefizit geradezu notorisch negativ ist und immer gigantischere Ausmaße aufweist, exportiert die Europäische Union fast so viele Güter wie sie importiert und weist bei den Dienstleistungen einen klaren Überschuss auf. Im Hochtechnologiesektor war es nicht primär die europäische Wirtschaft, die Weltmarktanteile an die aufstrebenden asiatischen Exportnationen verloren hat, sondern die US-amerikanische und auch die japanische. Interessanterweise haben auf dem Automobilssektor europäische

Exporteure in den letzten Jahren sogar Marktanteile gewonnen. Auch die Tatsache, dass die Bestände der ausländischen Direktinvestitionen in Europa passiv und aktiv bis zum Jahr 2004 deutlich gestiegen sind, belegt, dass die Union nach wie vor ein starker, ein attraktiver Wirtschaftsstandort ist.

Gleichzeitig – es muss angesprochen und ausgesprochen werden – leidet die Wirtschaft des Euroraumes seit Jahren an einer Wachstumsschwäche. Obwohl die jüngste Prognose der Kommission bestätigt, dass wir heuer mit durchschnittlich 2,1% die beste Wachstumsrate seit dem Boom der 1990er-Jahre erwarten können, bleibt sie dennoch bescheiden gegenüber dem Rest der Europäischen Union, den anderen OECD-Staaten und vor allem gegenüber den dynamischen Schwellenländern. Und natürlich ist auch eine Arbeitslosenrate von rund 8,5% kein wirtschaftlicher Erfolgsnachweis.

Die Ursachen, warum weite Teile Europas nun schon seit Jahren ihr Wachstumspotenzial nicht ausschöpfen können, sind vielfach – und ich glaube auch korrekt – identifiziert, nämlich: Korsette auf den Arbeitsmärkten, Mängel in der Innovationsfähigkeit und in der Forschung, ein zu wenig unternehmensfreundliches Wirtschaftsklima, ein noch nicht voll entwickelter Binnenmarkt sowie eine weiter ausbaufähige wirtschaftspolitische Koordinierung der einzelnen Mitgliedsstaaten.

Völlig richtig war daher die Antwort Europas im Jahr 2000. Mit der Lissabon-Strategie wurde versucht, eine Vision zu verwirklichen, die vielleicht sehr anspruchsvoll anmutet, es auch war, aber an sich in den

Ansätzen grundvernünftig war. Diese Strategie für Wachstum und Beschäftigung hat nicht alle Erwartungen erfüllt. Sie wurde daher im Vorjahr unter luxemburgischen Vorsitz neu konzipiert, um wieder Schwung zu bekommen. Und wir haben mit der österreichischen Präsidentschaft versucht, diese Strategie weiter mit neuem Leben zu erfüllen. Der Frühjahrsgipfel war ein solcher Versuch.

Ich sage hier auch offen dazu, dass 2005 ein dramatisches Jahr war, ein Jahr der Krisen – im Plural. Zuerst die negativen Referenden in den Niederlanden und in Frankreich, die eigentlich eine riesige Distanz gezeigt haben zwischen den Bevölkerungen und denen, die diese europäische Vision voranbringen wollen. Dann kam das Scheitern der Budgetverhandlungen im Juni. Und vergessen Sie nicht: Wir sind auseinander gegangen. Ich erinnere mich noch an die Stimmung, wie ein oder zwei Tage später der luxemburgische Ratsvorsitzende Jean-Claude Juncker vor dem Europäischen Parlament eine bittere, vernichtende Bilanz dieser gescheiterten Bemühungen gezogen hat. Das war starker Tobak. Das Vertrauen der Institutionen zueinander war gebrochen. Parlament gegen Kommission. Kommission gegen Rat. Alle gegen den Rat. Bürger gegen die Institutionen.

Wir haben in diesen bisherigen fünf Monaten unserer Präsidentschaft versucht, wieder zusammenzuführen und zusammenzuhalten – und ein bisschen davon ist gelungen.

Ich will uns jetzt nicht großartig loben, sonst heißt es, die österreichische Präsidentschaft versucht, sich selber Federln auf den nicht vorhandenen Hut zu stecken, aber ganz ein-

fach war es nicht, ein Budget im gemeinsamen Beschluss von Parlament, Kommission und 25 Mitgliedsländer zustande zu bringen. Vergessen Sie nicht, dass wir in diesem Budget schon die kommenden Erweiterungskosten Bulgariens und Rumäniens mit hineingerechnet haben. Hätte man damals, als wir die 10 aufgenommen haben, sofort auch die Kosten dieser Erweiterung bewertet und entschieden, dann hätten wir uns wahrscheinlich vor einem Jahr die große Krise um das Budget erspart. Ich denke, dass wir auch hier den Mut haben müssen, für die Zukunft klar auszusprechen: keine Erweiterung, ohne dass die Frage „Wer trägt die Kosten?“ klar objektiviert und auch entschieden ist. Nicht nachher dann den ungedeckten Scheck bei den Nettozahlern, den Rabattempfängern oder wem immer einlösen. Das ist eine wichtige Lehre aus der Krise des vergangenen Jahres.

Wir haben das Budget unter Dach und Fach, wir haben die Dienstleistungsrichtlinie auf Basis des Parlamentsbeschlusses zur Entscheidungsgrundlage des Europäischen Rates gemacht. Wir sind jetzt dabei, die Subsidiarität als ein Gegengewicht zu manchen zentralistischen Tendenzen zu etablieren, um Europa auf allen Ebenen glaubwürdiger und hautnah erlebbar für die Bürger zu machen. Wir sind dabei, einen Zeitplan für die nächsten Präsidentschaften zu entwickeln, der zu einem hoffentlich positiven Gesamtbeschluss über den Verfassungsvertrag führen soll, denn ein sehr viel besserer Text als der bestehende ist nicht zu erwarten. Er ist viel besser, übrigens auch klüger, einfacher und in vielen Bereichen strategischer angelegt, im Vergleich

zu früheren Verfassungstexten auch empathischer eingehend auf die Globalisierung und manche sozialen Ängste, besonders jene von Arbeitnehmern. Neue Elemente, Ergänzungen, Interpretationen sind aber absolut zulässig, vor allem im Europa der Projekte. Erweiterung und Aufnahmefähigkeit, gemeinsames Handeln, Subsidiarität, Visibilität und zugleich auch effizientes Handeln, Nutzen für die Bürger, Krisenmanagement – das sind Themen, die schon jetzt in der österreichischen Präsidentschaft absolute Priorität haben, und die wir hoffentlich auch gut darstellen können.

Ein neues Thema, vor allem seit Beginn dieses Jahres, war natürlich die Energie, ein Thema, bei dem der globale Ansatz besonders spürbar wird. Europa war in den letzten Jahren – das ist in der Öffentlichkeit nicht immer richtig bemerkt worden – sehr oft bedroht, gefährdet von manchen energiepolitischen Besonderheiten bis hin zu Blackouts. Wir hatten das in Deutschland im Herbst des vergangenen Jahres, als plötzlich in Hessen durch einen vorzeitigen Eisenbruch und Überlastungen der Leitungen ein großflächiger Blackout entstanden ist. Die Schweiz und Italien haben ähnliche Probleme gehabt. In Frankreich gab es eine kritische Situation, wir in Österreich sind vor wenigen Tagen einer solchen knapp entgangen.

Natürlich ist klar, dass man einander hier helfen kann und muss. Das ist die technische Seite. Wir müssen aber auch bereit sein, auf die Herkunftsländer stärker einzugehen, das betrifft das politische Handeln – die außenpolitische Dimension der Union – verknüpft mit den wirtschaftlichen

Möglichkeiten und den Besonderheiten, die es hier gibt. Nehmen Sie die großen Produzenten, ob das Russland, der arabische Raum, Irak, Iran, Sudan oder Venezuela ist, überall würde ich einige heiße Punkte auf der Landkarte ausfindig machen. Und jedes, auch das größte Land der Europäischen Union ist national überfordert, allein eine Gegenstrategie zu entwickeln.

Ich habe vor einigen Wochen, beim norwegischen Ministerpräsident Jens Stoltenberg einen hochinteressanten Staatsbesuch gemacht. Ich



habe gesagt: Wir haben keine bilateralen Probleme, lassen wir daher die Höflichkeiten. Ihr seid die europäischen Scheichs, ihr kennt euch wirklich aus, reden wir über die Energie. Gebt mir ein Briefing nach bestem Wissen und Gewissen, wie ihr die Lage seht, wie ihr die Chancen einschätzt, wo die technischen Möglichkeiten sind. Das war für mich eine der spannendsten Lektionen seit meiner Universitätszeit. Dabei gab es eine hoch brisante und hoch professionelle PowerPoint-Präsentation. Das wünsche ich mir zum Beispiel einmal vom Europäischen Rat. Warum immer nur in die Ferne schweifen, warum nicht mit unseren europäischen Brüdern und Schwestern, die ja Demokraten, stabil, marktwirtschaftlich, und, und, und ... sind,

besser und enger zusammenarbeiten. Wenn Sie sich etwa die Netze, die Pipelines, die Stromnetze und auch die Schwächeanalyse ansehen, dann kommen Sie darauf: Hier muss Europa in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wesentlich präziser arbeiten. Und natürlich ist auch ein gemeinsames Auftreten gegenüber den großen Konsumentenländern China, Indien, Amerika ebenso erforderlich wie ein gemeinsames Agieren gegenüber den produzierenden Regionen. Auch ein technischer Impuls ist notwendig, sind doch bei Weitem nicht



alle technischen Möglichkeiten ausgereizt. Allein im Energiesparbereich liegen locker 20%, wenn nicht mehr. Natürlich nur, wenn alle an einem Strang ziehen: die Automobilproduzenten, die Haushaltsgerätehersteller, die Bauwirtschaft. Da liegen gewaltige Investitionen brach, die übrigens auch beschäftigungsmäßig für die Europäische Union von großer Bedeutung wären.

Wir müssen auch technisch in neue Bereiche vorstoßen. Wir haben in Österreich die Vorgabe der Kommission und des Rates ernst genommen, dem Automobildiesel Biotreibstoffe beizumischen. Wir bauen derzeit eine große Fabrik, müssen aber die Rohstoffe – Raps ist das in Österreich – importieren. In Ordnung. Wir werden also aus einer europä-

ischen Region importieren. Aber an sich ist es schade, dass nicht durch besseres Handeln auf österreichischer, aber auch auf europäischer Ebene viel mehr gemeinsam gemacht werden kann. Technisch könnten etwa die Biotreibstoffe weit über die derzeitigen 6% hinaus herangezogen werden, falls die Automobilindustrie mitspielt. Und die wartet natürlich darauf, mitarbeiten zu können. Im Cast 21 gibt es ein solches gemeinsames Konzept. Ich denke, dass hier auch lernend, beispielsweise von Brasilien oder von manchen anderen lateinamerikanischen Ländern, eine neue Ära in der technologischen Entwicklung eingeschlagen werden kann, etwa bei der Effizienzsteigerung innerhalb des Ausnützens des energetischen Gehalts von fossilen Treibstoffen. Es ist an sich ein Jammer, dass man heute immer noch mit einem Wirkungsgrad von weniger als 50% Benzin und Diesel in die Luft bläst, und nicht stattdessen einfach wesentlich stärker auf Effizienz setzt. Nur ein kleines Beispiel dafür, warum wir auf europäischer Ebene mehr tun und Antworten auf die Globalisierung geben können.

Das Problem ist natürlich, dass wir uns hier in einem klassischen Grenzbereich zwischen gouvernementalem Handeln – wo jeder sagt, das ist meine Kompetenz, da geb' ich nichts her – und dem, was gemeinschaftlich notwendig sein wird, bewegen. Damit nicht alles wie auf einer schiefen Ebene in Richtung Zentralisierung läuft, brauchen wir das Konzept der Subsidiarität, wo eben in anderen Bereichen die Gestaltungsmöglichkeiten für Nationen oder Regionen deutlich erhöht werden.

Meine Damen und Herren, zum Ende kommend, ich glaube, dass Österreich durchaus ein gutes Beispiel dafür ist, dass man sich vor der Internationalisierung nicht fürchten muss. Als wir vor 60 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in Schutt und Asche angefangen haben, hätte uns kein Mensch zugetraut, dass wir irgendwann einmal in der OECD oder in den Top-20-Exportnationen mitspielen können. Wir haben unsere Stärken, das Wissen und den Fleiß der Bevölkerung, ausgespielt. Wir haben durchaus auch die Chance, die sich in der Geschichte der Zweiten Republik aus den Zuwanderungswellen – den Heimatvertriebenen im Jahr 1945, den Ungarnflüchtlingen 1956, Tschechen, die 1968 gekommen sind, oder Kriegsrecht-Polen oder -Rumänen, Bulgaren, Balkanflüchtlingen – ergeben haben, genutzt. Wir haben viele integriert, und ich glaube, dass uns das auch Bereicherung gebracht hat. Wir brauchen da keine Angst zu haben. Internationalisierung, auch Zuwanderung in einem verkraftbaren Ausmaß, verbunden mit Integrationswilligkeit und Integrationschance, ist ein absolut gutes Movens, um uns weiterzubringen.

Wir liegen heute mit einem Güter- und Dienstleistungsexport von mehr als 50% unseres Bruttoinlandsproduktes relativ hoch in der Rangliste der offenen Volkswirtschaften der Europäischen Union. 80% unserer Exporte gehen in europäische Länder. Wir haben einen FDI-Bestand von mehr als 25% des Bruttoinlandsproduktes, 40% davon in den EU-15 und 40% in den EU-10, wo Österreich, gemessen an seinem eigenen BIP – in Slowenien

sogar in absoluten Zahlen – der stärkste Investor geworden ist. Wenn man die letzten 15 Jahre anschaut, dann ist das BIP heute um ein Drittel, die Zahl der unselbstständig Beschäftigten um 300.000 höher, und wir stehen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ wesentlich besser da als vor 15 Jahren: ein deutlich höherer Anteil an F&E, eine doppelt so hohe Akademikerquote, ein deutlich gesteigener Anteil technologieintensiver Produkte am Export.

Abschließend ein Dankeschön an die Notenbank. Die OeNB hat in der Wirtschaftsgeschichte in Österreich vor allem bei der Internationalisierung als eine Art Positivpeitsche für Investitionen und Anpassung immer eine positive Rolle gespielt – auch in Richtung Förderung und der Forderung, der Europäischen Union beizutreten, im Ja zur Erweiterung. In der Hilfe gegenüber den östlichen und südöstlichen Nachbarländern hat die OeNB immer eine Pionierrolle gespielt: mit dem Aufbau enger Beziehungen zu den Zentralbanken dieser Staaten, mit einer Fülle analytischer Arbeit, mit Praktikantenausbildung, mit dem Joint Vienna Institute oder dem Olga-Radzyner-Award, um nur einige Beispiele zu nennen.

Ich wünsche Ihnen daher, dass Sie auf diesem Weg weitermachen und dass die heutige Tagung einiges dazu beiträgt, die Schreckworte Globalisierung und Internationalisierung wieder etwas zu relativieren, vor allem aber mit einem positiven Gehalt, d. h. mit Chancen zu erfüllen. Herzlichen Dank. 